

# Hoppla, das Deutsche Reich existiert noch

Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde, die man mag nicht glauben: So soll beispielsweise das Deutsche Reich, die Weimarer Republik, noch existieren. Zumindest glaubt dies eine Gruppe um den „gewählten Reichspräsidenten“ Dr. Matthes Haug. Als Begründung dafür werden juristische Fehler der Politiker aufgeführt. Wir unterhielten uns mit einem Teil der „Reichsregierung“ in Thossfell.

**THOSSFELL/REUDNITZ** – Unglaublich aber wahr: In Reudnitz, einem Ort nahe Greiz, gibt es eine Meldestelle des Deutschen Reiches. Dort stellen Gotthard Wünschner und Hans-Joachim Wunder Personalausweise, Führerscheine und Gewerbeanmeldungen aus. Die Kosten für einen Pass betragen einhundert Euro, für Führerscheine und Gewebescheine je fünfzig Euro. Die Gebietsleitung Sachsen befindet sich in Zwickau. 60000 Deutsche bundesweit haben sich bereits einen Reichspass ausstellen lassen, 40000 tragen einen Führerschein des Reiches bei sich.

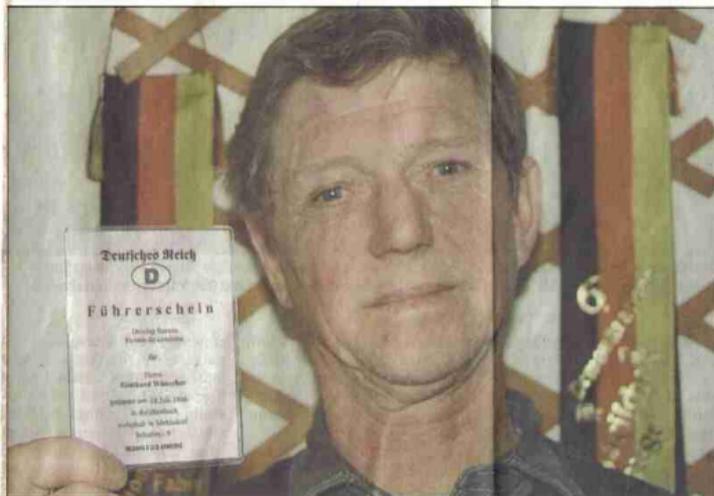
„Deutschland ist seit dem Zweiten Weltkrieg noch immer besetzt, die deutsche Einheit wurde juristisch nicht vollzogen und der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes existiert nicht mehr.“ So lautet die Aussage der beiden Mitarbeiter des Deutschen Reichs (Weimarer Republik), und sie können dies auch mit Rechtsaussagen belegen. Die 60000 Inhaber eines Reichsausweises berufen sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in dem der Fortbestand des Deut-

schens Reiches auf Drängen der Bayerischen Landesregierung festgestellt wurde.

Sie lassen sich nach eigenen Aussagen politisch weder dem rechten noch dem linken Lager zuordnen. Mit Parteipolitik haben sie nämlich überhaupt nichts am Hut, obwohl sie sich für das Deutsche Reich stark machen, wie sie sagen. Für Hans-Joachim Wunder und Gotthard Wünschner existiert die Bundesrepublik Deutschland nicht, somit könnten auch die Länder Sachsen und Thüringen nicht der Gesetzeskraft der BRD unterliegen.

Grundlage ihrer Überlegungen bildet der Artikel 23 des Grundgesetzes. „Dieser Artikel wurde bei der Konferenz der Außenminister in Paris am 17. Juli 1990 gestrichen“, sagt Wunder. Früher legte der Artikel 23 den Geltungsbereich des Grundgesetzes fest. Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde der Inhalt völlig neu definiert. Von einem Geltungsbereich ist darin nichts mehr zu lesen“, erläutert der Diplomingenieur für Energiewirtschaft.

„Am 17. Juli 1990 hat der damalige Außenminister der UdSSR, Eduard Schewardnadse im Beisein von Markus Meckel, dem damaligen DDR-Außenminister, Oskar Fischer, mitgeteilt, dass die völkerrechtlich strittig anerkannt gebliebene DDR per 18. Juni 1990, 0 Uhr, aufgehört hat zu existieren. Danach war keine Volkskammer mehr berechtigt, völkerrechtliche Handlungen vorzunehmen“, erläutert Wunder. Der Ingenieur weiter: „Am selben Tag hat bei diesen Verhandlungen in Paris der US-Außenminister James Baker dem



Gotthard Wünschner hat sich bereits seinen Pass und den Führerschein in der Meldestelle ausstellen lassen. Die Kosten für den Pass betragen einhundert Euro. FOTO: kiwi

BRD-Außenminister Genscher mitgeteilt, dass der Artikel 23 des Grundgesetzes per 18. Juni 1990, 0 Uhr, gestrichen ist. Inhalt war der Geltungsbereich des Grundgesetzes. Nach diesem Zeitpunkt war kein Bundesgesetz mehr berechtigt, völkerrechtliche Handlungen vorzunehmen, es erlosch de jure zwangsläufig die BRD, mit ihr alle Gesetze und Verordnungen. Damit keine Anarchie ausbrach, wurde diese Situation von den Verantwortlichen der BRD verschwiegen, aber nichts für die Gestaltung eines modernen Deutschen Reiches getan.“

Damit besitze das Grundgesetz keine Gültigkeit mehr, es sei un-

wirksam. Die BRD sei praktisch erloschen. Auch der Einigungsvertrag sei ungültig. „Denn die DDR kann keinem Staat angehören, der praktisch nicht existiert“, sagt Wünschner. Somit gebe es auch keinen gesamtdeutschen Staat. Juristisch sei es exakt, dass es die BRD seit dem 18. Juli 1990 mit der Änderung des besagten Artikels nicht mehr gibt. Rechtsnachweisend ist für viele informierte Reichsbürger auch, dass der 2+4-Vertrag deutschseits nicht ratifiziert worden ist, da die deutsche Wiedervereinigung juristisch nicht stattfand. Obwohl das so in dem Vertrag festgeschrieben wurde.

Sichere Arbeitsplätze, dass steuerpflichtige Industrien gern nach Deutschland zurückkehren und eine einheitliche Steuer von zehn Prozent sind Hauptziele der nach Ansicht der Reichsdeutschen rechtlich wieder ins Leben gerufenen Weimarer Republik. Viel Aufklärungsarbeit sei unter der Bevölkerung über die rechtsstaatliche Situation zu leisten.

Unlangst fand dazu eine Informationsveranstaltung in der Thößfeller Gaststätte „Haltestelle“ statt, an der etwa sechzig Leute teilnahmen. Bei diesem Treffen sprach Dr. Matthes Haug – der Reichspräsident. „Er wurde auf der ersten ordentlich einberufen-

nen Nationalversammlung der deutschen Nation seit der aus juristischer Betrachtung erfolgten Beendigung der BRD und DDR auf Basis der Verfassung von Weimar einstimmig von 119 Wahlberechtigten gewählt“, informierte Wunder im Gespräch mit unserer Zeitung.

Die Nationalversammlung fand am 30. November 2003 in Mengen statt. Das amerikanische Hochkommissariat in Berlin erhielt von der Versammlung Kenntnis per Einschreiben mit Rückschein vom 20. November. „Ein Veto gegen die Versammlung hätte nach internationalem Recht innerhalb von drei Wochen eingelegt werden müssen, das ist jedoch nicht erfolgt“, erklärt Wunder jetzt. Damit sei das Ergebnis, sprich die Wahl des Reichspräsidenten, rechtsgültig.

Rückhalt für ihre Arbeit und Überlegungen geben den Reichsdeutschen auch Urteile von deutschen Gerichten. Personen, denen bei Polizeikontrollen ihr Reichsausweis beschlagnahmt wurde, sollte der Prozess gemacht werden. „Doch die Verfahren der Staatsanwaltschaft Mühlhausen und Gera wurden eingestellt. Den Betroffenen standen sogar Entschädigungen zu“, so Wünschner.

Es seien kurze Prozesse gewesen, die jedoch viele Fragen bei den Reichsdeutschen offen lassen. Denn das eigentliche Problem bleibt für sie weiterhin ungespart. „Die Prozesse klären nicht, wie wir ohne Anarchie und Gewalt aus dieser Unrechtsituation in Deutschland herauskommen. Vorschläge und Meinungen Ihrer Leser wären zu diesem Thema sehr wünschenswert“, sagte Wunder abschließend. kiwi